

Aus dem Staate

Aus Columbus, Nebr.

Columbus, Nebr., 28. März.—Grundbesitzer in Pabing District No. 3 beschließen heute abend dem Stadtrat eine Petition zu überreichen, verlangend, daß diesen Sommer bloß die Vorarbeiten gemacht werden sollen, das eigentliche Pflastern der Straßen jedoch aufzuschieben bis über's Jahr. Man glaubt, daß diese Petition mehr als 70 Unterschriften trägt.

Der Commercial Club hat Namenlisten zirkuliert und will dieselben heute abend dem Stadtrat vorlegen, um Letzteren zu autorisieren, im Namen der Bürger der Stadt \$1,500 zur Pflasterung der Seeding Mile an der Lincoln Highway südwärts von der Stadt zu approprieren. Die nötige Zahl von Unterschriften ist vorhanden.

Am Mittwochabend versammelten sich die Trustees der Association in J. M. C. H. Gebäude, um Arrangements zu treffen für einen Endowment Fund, welcher vor einiger Zeit für das Institut erhoben wurde. Ein Grund für die letztere aber ist unerfindlich. Schwierigkeiten für den Transport bestehen nicht, und da auch unjeres Wissens die Löhne in den Kohlenminen nicht erhöht worden sind, erscheint die angekündigte Preissteigerung als eine willkürliche und nicht zu rechtfertigende.

Verlangt: Maler und Tapezierer verlangt von Max Wolf, 415 Ost 12. Straße, Columbus, Nebr. Phone Block 341.

R. W. Weaver erbaut auf seinem Bauplatz an der 13. Straße an Stelle des abgeräumten hölzernen Stores ein modernes Backsteingebäude mit 22 Fuß Front und 50 Fuß Tiefe. Mit dem Ausgraben des Erdgeschosses ist begonnen worden. Herr Weaver sagt, er hat einen Kontrakt gemacht für ein einstöckiges Gebäude mit der Option, zwei Stock zu bauen, wenn er sich dazu entschließen sollte, ehe der Bau vollendet ist. Herr Weaver soll bereits einen Mieter für das Gebäude haben, der aber noch nicht genannt sein will. Höchst wahrscheinlich wird auch Herr W. Vogel auf dem anstehenden Bauplatz ein Backsteingebäude errichten, da sich ein Mieter für einen längeren Termin gemeldet habe.

Die Schulbehörde sieht sich genötigt, 15 neue Lehrkräfte anzugstellen. Dreizehn Kontrakte sind ununterschieden eingehängt worden, weil die betreffenden Lehrkräfte entweder den Beruf aufgeben, oder sich andernwärts anmelden wollen. Superintendent C. Ray Gates hat mehr Anfragen für Anstellungen, als er beantworten kann und sagt, er werde keine Schwierigkeit haben, sämtliche frei werdende Stellen zu besetzen.

Die Meridian Road zwischen den Leup- und Platte-Brücken und west von der Meridian Road bis zu Cicero's Ecke sollen gepflastert werden, wenn es irgend angeht, sagt Supervisor Fred E. Bean, was dann zusammen drei Meilen gepflasterte Straßen ausmachen würde mit Einschluß der vorgeschlagenen Seeding Mile an der Lincoln Highway und Herr Bean glaubt, daß, wenn diese beiden Vorschläge vereinigt werden könnten, es ein Leichtes sein würde, sie zu finanzieren, denn Staats-Ingenieur Johnson habe ihm versichert, daß, wenn diese drei Meilen gepflastert würden, der Staat die Hälfte der Kosten übernehme, denn es ist bekannt, daß in jenem Bezirk die Straßen sehr weich sind und beständig große Auslagen verursachen und daß nur gepflasterte Wege Halt genug geben für schwere Lasten nach der Stadt zu fahren.

Frl. Mathene Wale, welche sechs Monate als Krankenpflegerin in Frankreich gedient hat, ist die erste Pflegerin aus Columbus, welche zurückgekehrt ist, um einen vierwöchigen Urlaub bei ihren Eltern zu verbringen. Bald nach ihrer Rückkehr vernahm sie von der schweren Erkrankung einer Schulfreundin in Genewa und sie begab sich sofort dahin, um deren Pflege zu übernehmen.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, 29. März. (Eigenbericht).—Es ist bekannt gemacht worden, daß nach dem 1. Mai die Preise für Kartoffeln in aller Wahrscheinlichkeit um 10 Cents per Tonne erhöht werden sollen, mit dem Einzigen, daß eine ebensolche Erhöhung pro Monat bis zum September hin stattfinden wird. Das ist gerade das umgekehrte Verhältnis, wie es sonst üblich war, wo die Preise während des Sommers geringer waren als die im Winter. Für diese fortschreitende Erhöhung von Monat zu Monat ist keine Erklärung gegeben worden, insofern man kann annehmen, daß dadurch zu einem zeitigen Einfluß veranlaßt werden soll. Im letzten Frühjahr wurden die Leute durch den Heizmittel-Mangel aufgefordert, den nötigen Kohlenbedarf so früh als möglich zu decken, und tausende haben danach gehandelt. Wäre der letzte Winter so streng wie sein Vorgänger gewesen, dann würden sich die gefüllten Kohlenkeller zweifelsohne als ein großer Segen erwiesen haben. Er zeigte sich aber als ein ungewöhnlich milder Gast, und so kommt es, daß in vielen Haushaltungen noch ein guter Kohlenvorrat vorhanden ist. Es ist nicht mehr als recht, daß die Konsumenten davon in Kenntnis gesetzt werden, wenn die Preise eine systematische Steigerung erfahren sollen. Ein Grund für die letztere aber ist unerfindlich. Schwierigkeiten für den Transport bestehen nicht, und da auch unjeres Wissens die Löhne in den Kohlenminen nicht erhöht worden sind, erscheint die angekündigte Preissteigerung als eine willkürliche und nicht zu rechtfertigende.

Um das Verjähren des letzten Kongresses, der Regierung die nötigen Gelder zu bewilligen und um der dadurch geschaffenen Notlage in den nationalen Angelegenheiten zu begegnen, schlägt Senator Calder vor, der neue Kongreß solle sich selbst zur Sitzung zusammenschließen, sollte tags und mit der Geschehung da fortfahren, wo der alte am 4. März stehen geblieben ist. Das ist ein einzig dastehender und wahrscheinlich nicht ernst gemeinter Vorschlag. Nichtsdestoweniger aber ist es interessant zu wissen, was wohl geschehen würde, wenn die beiden Häuser auf eine Verständigung ihrer Führer hin zusammenkommen, sich organisieren und den Präsidenten benachrichtigen würden, daß sie bereit wären, mit ihrer Arbeit voranzugehen. Wenn eine Majorität beider Häuser derart handeln würde, dann würden sie wohl mit einer heftigen Verneinung ihres Rechts eines solchen Handelns zu rechnen haben. Es ist nachgewiesen worden, daß in einem Falle wenigstens der Kongreß sich selbst zu einer Extra-session zusammengerufen hat, und das geschah während der Administration von Präsident Johnson. Da war aber eine formelle Abstimmung erfolgt, welche auch das Datum für die Zusammenkunft festlegte. Solch eine Möglichkeit ist jetzt nicht vorhanden, und eine solche Abstimmung wäre auch wohl kaum zu erlangen gewesen, da der letzte Kongreß von einer demokratischen Majorität kontrolliert wurde. Katästrophisch ist ja das Haus auch jetzt noch mit der Gesetzgebung beschäftigt, indem die Appropriationsvorlagen in den Komitees durgearbeitet werden. Das ist vollständig recht und gesetzmäßig, als es eben nur vorbereitende Arbeit ist. Eine Session, zu der sich der Kongreß selbst zusammenschließt, steht wohl außer Frage, obgleich wir in einer Zeit leben, die so viele Präzedenzfälle über den Haufen geworfen hat.

Der nächste Sprecher des Hauses, Herr Gillett, ist natürlich ein Schutzzöllner; als Abgeordneter hat er dafür einen guten Ruf. Er gehört zur Neu-England Tariffschule. In einem Interview hat Herr Gillett sich darüber ausgelassen, welchen Kurs in Fragen des Tariffs der 66. Kongreß steuern sollte. Er sollte „eine Maßregel treffen, welche größere Einkünfte erzielt und zugleich einer Ueberschwemmung mit fremden Waren, für die geringere Arbeitslöhne gezahlt werden, vorbeugt.“ Herr Gillett fügt hinzu: „Auf den Präsidenten und seine Partei sollte die ganze Verantwortlichkeit eines Vetos gewälzt werden, wenn dieses zu einer Zeit erfolgt, in der die Fabrikanten eine Aufmunterung und Männer und Frauen Arbeitsgelegenheit bedürfen.“ Was wird der Präsident mit dem Tariffgesetz tun, das der gegenwärtige Kongreß ihm einreichen wird? „Er wird es vetieren“, drängt sich sofort auf die Lippen. Denn es wird ein schutzzöllnerisches sein, und er ist kein Schutzzöllner. Aber der Krieg hat so vieles geändert. Ist auch ein Beschluß darin eingetreten, daß die demokratische Stellung zur Schutzzöllnerpolitik eine Modifikation erfahren hat? Ist der Präsident auch jetzt noch zu Gunsten eines niedrigen Tariffs, wie er es vor dem

Kriege war? Er würde das Underwood-Gesetz angenommen haben, wie das Haus es hofferte, er nahm es an mit den Änderungen, die der Senat machte und die ihm einen Einfluß von Schutzzöllnerpolitik gaben. In anderen Fragen hat er vielmehr auf seinen Standpunkt beharrt als in Fragen des Tariffs. Herr Gillett malt nicht in zu starken Farben. Die Regierung braucht sehr große Einkünfte, das Geschäftsleben bedarf der Stimulation und Männer und Frauen in großen Massen benötigen Beschäftigung. Der amerikanische Modus der Lebensführung muß aufrecht erhalten werden, und der amerikanische Markt muß für amerikanische Waren offen bleiben. Ein Tariffgesetz, das von diesem Gesichtspunkt aus entworfen ist—von dem Gesichtspunkt schutzzöllnerischer Prinzipien—wird sowohl Kapital wie Arbeit befriedigen, und der Präsident wird sich zweimal bedenken, ehe er unter dem Einfluß vorfriegelicher Zustände ein derartiges Gesetz vetiert.

Es gab eine Zeit, wo es weise Sparsamkeit war, wenn man sich sein Paar Schuhe besohlen ließ, doch das ist vorbei. Die glückliche Zeit ist vorüber. Jetzt kann man nicht seine schadhafte Schuhe nach einem kleinen, lederduftenden Laden nehmen und sie für einen Quarter oder halben Dollar in Ordnung bringen lassen. Der Schuhmacher wird den halben Dollar kaum annehmen, sein Preis ist ein viel höherer. Anderthalb Dollars für Halbsohlen muß man mit lächelnder Miene bezahlen, man darf nicht mal mucken. Das ist eben der Normalpreis. Und so kommen Zeiten, in denen der geplagte Träger der Schuhe zu der Ueberzeugung kommt, daß in dem Reparaturwerk Sparsamkeit liegt, und daß es viel weiser ist, gleich ein Paar neue Schuhe zu kaufen. Auch darin wird ja vielleicht mal wieder eine Änderung eintreten. Der richtige Aristokrat heutzutage ist der, der seine Schuhe beim Schuhdoctor gekauft hat.

Volkschulzwang für Arm und Reich

In Baden müssen die Kinder der Millionäre und Bettler nebeneinander auf der Schulbank sitzen.

Ueber die Kämpfe um die neue badische Verfassung schreibt ein Schweizer Blatt: Seht und heftig umstritten war die Bestimmung des Entwurfs, der die allgemeine Volksschulpflicht für alle Kinder festlegte, bis sie eine höhere Schule besuchen, oder falls sie durch körperliche, geistige oder sittliche Gebrechen davon ausgenommen sind. Damit sollen die Privatschulen und Vorschulen beibehalten werden, die im wesentlichen ein Privileg der wohlhabenden Klassen sind. Aber auch die konfessionellen Schulen und Klosterschulen, die die katholische Kirche da und dort besitzt, werden davon getroffen, soweit sie Volksschulen sind. Und dagegen wehrte sich das Zentrum mit aller Kraft. Aber ohne Erfolg. Demokraten und Sozialdemokraten traten mit großer Entschiedenheit dafür ein, daß die grundlegende Basis der Bildung für alle ohne Unterschied des Standes und auch der Konfession gleich sein soll. Das geschah auch in dem Bewußtsein, daß Deutschlands schwere Lage und Zukunft die Gemeinsamkeit der ersten Bildungstufe für alle Kinder des Volkes und das Aufheben aller Trennung durch Klasse und Konfession verlangt. Dieser starke demokratische Zug trat auch hervor in der Forderung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Volksschule wie in der Aufnahme der gleichen Bestimmung für die Waisen und Bedürftigen in den höheren Schulen, und für sie soll bei den Unverpflichteten wenigstens die Freiheit des Unterrichts vorhanden sein.

Frau Rosika, die Botschafterin

Sie trieb bolschewistische Propaganda in der Schweiz.

Wir lesen in einer Schweizer Zeitung: Sehr originell läßt sich die junge ungarische Republik zu Bern vertreten. Kurz nach Ausbruch der Revolution in Ungarn ernannte sie die sozialistische Schriftstellerin Rosika Schwimmer zur Gesandtin in der Schweiz, und zwar ohne zuerst irgend eine Zustimmung des Bundesrates einzuholen. Frau Rosika trat auch ein, stieg im Hotel „Werner-Hof“ ab und ließ es sich wohlgehen. Später vernahm sie allerdings, daß der Bundesrat es ablehnte, mit ihr in Geschäftsverkehr

zu treten. Das hinderte sie aber nicht, fröhlich zu bleiben und zur Kurzwelt—so erzählt man sich in Bern—lebhaft bolschewistische Propaganda zu entfalten. Ihre Gemüder waren belebt wie ein Laubenschlag.

In Ungarn eregte der unhaltbare Zustand allgemeine Verstimmung, und unter dem Druck der Öffentlichkeit schickte die Regierung nun einen wirklichen Gesandten, Herrn Szilagy, nach der Schweiz ab. Der schweizerische Bundesrat erklärte sich bereit, mit ihm den diplomatischen Geschäftsverkehr aufzunehmen. Diese entgegenkommende Erklärung blieb aber platonisch, indem sich der neue Gesandte, offenbar von Frau Rosika wieder heimgeschickt, in jenem Moment bereits auf der Rückreise nach Budapest befand.

Ob er seither umgekehrt ist, wissen wir nicht. Sicher ist aber, daß Frau Rosika ihr Schreiben lustig fortsetzte und in Bern zu Lasten der ungarischen Regierung eine hübsche Schuldensumme aufhäufte.

Nun hat sich die ungarische Presse endlich der Sache angeschlossen. Sie berichtet, daß in Bern der Ausbruch eines öffentlichen Skandals unvermeidlich erscheine; die ungarische Regierung, die übrigens keinen Außenminister besitzt, habe aber vergeblich alles aufzuboten, Frau Rosika Schwimmer zur Rückkehr nach Ungarn zu bewegen. Frau Rosika schweigt. In der Schweiz wartet man nun darauf, daß der Bundesrat die Bestrebungen der ungarischen Regierung unterstütze und daß es bald heißen möge: „Frau Rosika geht und niemals kehrt sie wieder!“

Vorzügliche Gelegenheit für den rechten Mann

Wir möchten von einem tüchtigen Mann, der ein Automobil hat, in jedem County des Staates Nebraska hören, um in seinem County ein zuverlässiges Geschäft zu vertreten. Dauernde Stellung und guter Verdienst für den rechten Mann. Man adressiere unter W. M., Tribune, Omaha, Nebraska.

Die englische Arbeitererschaft scheint es darauf abgesehen zu haben, es mit unseren Prohibitionisten ganz und gar zu verderben. Sie verlangen nicht bloß mehr, sondern auch stärkeres Bier.

Ankündigung!

Der Herausgeber der Täglichen Omaha Tribune macht hiermit den werten Lesern der Tribune im besonderen, sowie dem Publikum im allgemeinen, die Mitteilung, daß er unter dem Namen

Interstate Printing Company

eine moderne

Job- und Buch-Druckerei

im Gebäude der Täglichen Omaha Tribune, 1507-1509 Howard Straße, Omaha, Nebraska, eröffnet hat, die jetzt bereit ist, Aufträge für Druckfachen aller Art, in englischer und deutscher Sprache entgegenzunehmen.

Die Ausrüstung dieser neuen Druckerei ist eine hochmoderne; nur die neuesten und modernsten Schriften, ausgewählt von bewährten Fachleuten, kommen zur Verwendung. Auch die Pressen sind Maschinen der neuesten Konstruktion.

Nur erstklassige, geschmackvolle Druck-Arbeiten werden geliefert

Da nur neue Schriften und neue Pressen benutzt werden, können wir allen Lesern und Geschäftsleuten geschmackvolle Qualitäts-Druckarbeiten in deutscher oder englischer Sprache liefern. Bestellungen werden entgegengenommen für:

- Karten aller Art — Büchlein — Zirkulare — Envelopes — Letter Heads — Bill Heads — Statements — Commercial Notes — Invitations — Shipping Tags — Visiting Cards — Sale Bills — Wedding Invitations — Memorial Cards — Postal Cards — Pamphlets — Programs — Konstitutionen Hotel Notes — Posters usw.

Druckfachen für Kirchen-Gemeinden, Vereine und Vogen eine Spezialität

Postaufträge werden rasch und zufriedenstellend erledigt. — Kostenanschläge werden gern geliefert.

Telephonieren Sie Zuber 340 und unser Geschäftsführer, Herr Ernst Meise, wird vorsprechen und Ihnen bereitwillig alle Auskunft über etwaige Bestellungen erteilen.

Interstate Printing Co.

(Die Job-Druckerei der Täglichen Omaha Tribune) 1507-1509 Howard Str. Omaha, Nebraska Telephon Tyler 340

Eczema kuriert

RU-BON

Saxonia Medical Co.

Eine klassifizierte Anzeige in der Täglichen Omaha Tribune. Kosten nur wenig. Die Erfolge sind großartig. Tel. Tyler 340

Klassifizierte Anzeigen in der Tribune bringen gute Resultate.